

Markus Wolf über eine Reform des Ministeriums für Staatssicherheit

Der ehemalige Chef der Spionageabteilung HV A, Markus Wolf, äußerte sich im November 1989 zu einer möglichen Neuausrichtung des Ministeriums für Staatssicherheit.

Im November 1989 mussten SED und Staatssicherheit unter dem Druck der Bürgerbewegung immer weiter zurückweichen. Die Diktatur befand sich in einer offenen Krise. Davon blieb auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) nicht verschont.

Die Amtszeit von Erich Mielke in der Staatssicherheit endete am 18. November 1989 mit der Umwandlung des Ministeriums für Staatssicherheit in das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) und der Wahl des neuen Amtschefs, Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, durch die Volkskammer.

Mielkes Nachfolger mussten sich nun daran machen, die Staatssicherheit an die sich wandelnden Verhältnisse anzupassen. Dabei kam Markus Wolf ins Spiel, der 1987 ausgeschiedene, aber noch sehr aktive frühere Spionagechef. In einem Thesenpapier für den neuen Amtschef Schwanitz fasste er die aus seiner Sicht wichtigsten Aspekte zusammen.

In dem vorliegenden Dokument legt Markus Wolf, Hoffnungsträger aller Perestroika-Anhänger in der Staatssicherheit und in der SED, seine Vorstellungen über eine Reform des Ministeriums dar. Dieser war für Mielkes Nachfolger, Wolfgang Schwanitz, bestimmt. Aus seinen Unterlagen stammt das hier dokumentierte Exemplar. Die Unterstreichungen fertigte offenbar Schwanitz, der den Text aufmerksam gelesen und einzelne Passagen wenige Tage später in einer eigenen Rede zum Kurswechsel der Staatssicherheit verwendet hat (siehe 21.11.1989).

Der Text enthält scharfe Kritik an Mielkes Amtsführung, die als "absurder Absolutismus" bezeichnet wird, an seinem habituellen "Stalinismus" und an dem Feindbild der Staatssicherheit, der "ideologischen Diversion", mit dem jede kritische Äußerung kriminalisiert werden konnte. Wolf fordert einen Generationswechsel in der Stasi-Führung und eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sowie die Rehabilitierung einiger Opfer aus den 50er Jahren.

Signatur: BArch, MfS, SdM, Nr. 2356, BL. 439-443

Metadaten

Datum: November 1989
Überlieferungsform: Dokument

Rechte: BStU

Markus Wolf über eine Reform des Ministeriums für Staatssicherheit

Markus Wolf 12. - 14.11.89 00429

MfS BStU
000439

Wie in Partei - für Neuorientierung schonungsloser kritischer
Blick - auf Ursachen des Geschehenen u. Verantwortung erforderlich.

Mehrheit Mitarbeiter erfüllte Pflicht und leistete auf Grundlage Ministerbefehle und Weisungen eine Arbeit, dies im Interesse Partei u. sozial. Staates zu tun. Vieles gegen tatsächliche Feinde von Außen und im Inneren geleistet.

Doch so wie Parteiführung 10. Plenum nicht mit Bilanz tatsächlicher Leistungen einleiten konnte - steht nicht dies im Vordergrund. Tatsache, daß große Teile der Bevölkerung bei ihrer Ablehnung der bisherigen Politik - in der Staatssicherheit das schlimmste Vollzugs- und Machtinstrument dieser Politik sehen. Falsch, wie im ND-Interview Mittig, dies auf die Hetze westlicher Medien zurückzuführen. Erinnert zu sehr an die völlig abwegige Medienbehandlung, der alten Führung, der Massenexodus unserer Bürger, der über Ungarn begann, sei eine Folge westlicher Medienhetze.

Es geht auch nicht nur um Übergriffe oder Verletzung der Gesetze und Normen durch einzelne Mitarbeiter der Schutz- und Sicherheitsorgane am 7. und 8.10. Wenn die dazu geführten Untersuchungen zu einem die Öffentlichkeit befriedigenden Ergebnis führen sollen, müssen die eigentlichen Ursachen untersucht und zunächst im Ministerium selbst schonungslos aufgedeckt werden.

1. Es beginnt mit der Sicherheitsdoktrin und der daraus abgeleiteten Praxis der operativen Tätigkeit. Trotz aller in Befehlen und Weisungen, enthaltenden Orientierung auf die tatsächliche Feindtätigkeit begann sich die Philosophie des Ministers immer mehr durchzusetzen. Die Staatssicherheit muß alles wissen: Was im Staat geschieht oder nicht funktioniert, in der Industrie, in der Landwirtschaft, in der Wissenschaft, im Sport - kein Gebiet wurde ausgenommen. Auch nicht die Partei und ihre leitenden Organe. Entsprechend wuchs und wuchs der Apparat in Dimensionen, die jeder Großmacht spürbare Belastungen auferlegen würde.

Signatur: BArch, MfS, SdM, Nr. 2356, Bl. 439-443

Blatt 439

Markus Wolf über eine Reform des Ministeriums für Staatssicherheit

BStU
000440

3
00430

4. Die Denkstrukturen im Ministerium zu den Fragen der Macht waren praktisch auf die Erhaltung der Macht der politischen Führung, die des Ministers auf den jeweiligen Generalsekretär ausgerichtet.

Innerhalb des Ministeriums auf die Alleinherrschaft des Ministers.

Dies nahm zunehmend Formen eines absurd Absolutismus mit an byzantinischen Feudalismus erinnernden Zutaten an. Die Parteiorganisation wurde zum Erfüllungsgehilfen degradiert. (Beispiele)

Jeder Widerspruch wurde unterdrückt.

Dies setzte mit von politischen Einsichten und charakterlichen Eigenschaften bedingten Unterschieden in vielen Bereichen fort.

Deshalb kann eine Gesundung des Ministeriums und Vertrauen bei den Mitarbeitern nur durch konsequente Auswechselung vieler Leiter und Einsetzung vor allem jüngerer Kader erfolgen, die das Vertrauen der Mitarbeiter genießen.

5. Bei einem Minister, der sich noch Jahre nach dem XX. Parteitag offen zum Stalinismus bekannte und vor hunderten von Leitern Stalin hochleben ließ ist anzunehmen, daß es Vorgänge gab, deren Aufdeckung jetzt nicht zu umgehen, die von hoher Brisanz und deren öffentliche Klärung mit namentlicher Festlegung der Verantwortung für die Wiederherstellung des Ansehens der Mehrheit der Mitarbeiter, die sauber geblieben sind, von großer Bedeutung ist.

Wenn von Walter Janka die Rede ist, tauchen sofort andere Namen auf (Merker, Kreikemeyer, Ende, Bender usw.) - aber viele andere, die als Folge von Diffamierungen der politischen Führung, aber auch die Orientierung des Ministers durch operative Maßnahmen und die Arbeit des Untersuchungsorgans mit unzulässigen Mitteln und Methoden Opfer von Repressalien wurden. Viele werden sich jetzt zu Wort melden und öffentliche Rehabilitierung fordern. Diese muß erfolgen.

6. Es gibt Hinweise, daß in der Vergangenheit auf Beschwerden Betroffener Untersuchungen erfolgten, deren Ergebnisse systematisch wegmanipuliert wurden. Vorgänge, Dokumente und Belege sollen auf Weisung beseitigt worden sein. Diesen Hinweisen muß durch eine integre Untersuchungskommission nachgegangen werden.

Markus Wolf über eine Reform des Ministeriums für Staatssicherheit

BStU
000441

2

Stimmungsberichte wurden zu allen Fragen eingeholt, analysiert, weitergeleitet. Mit welchem Ergebnis? Welche Berichte wurden wann an welchen Verteilerkreis weitergegeben, wer legte ihn fest, mit welchem Recht? Ich rede von der Zeit, als ich noch begrenzten Einblick hatte.

2. Wer wurde alles operativ bearbeitet - mit welchem Recht?
Genosse Mielke ist stolz auf die Erfindung des Begriffs "ideologische Diversion" - diesen im rechtlichen Sinne verschwommenen Kautschukterminus, der später strafrechtlich unterstellt wurde und die Möglichkeit schuf, jede Abweichung von der Politik der Partei- und Staatsführung, die mit irgendwelchen Absichten westlicher Stellen zu korrespondieren schien, zu kriminalisieren und zum Gegenstand operativer Maßnahmen zu machen. Eine Folge war auch der Standardbegriff - "feindlich-negative Kräfte".
Eine Folge war - siehe P. 1 - ein so dichtes Gefüge der Präsenz, operativer Maßnahmen und unterschiedlicher repressiver Schritte, daß beim Bürger der Eindruck der Allgegenwart der Staatssicherheit entstehen mußte, der bei vielen Angst auslöste, die nun in Haß umschlägt.

3. Wenn solche Kräfte in einzelnen Situationen als konterrevolutionär bezeichnet wurden, die mit allen Mitteln der Staatsmacht zu bekämpfen sind - was Wunder, daß es dann auch zu Übergriffen kommt, die nun das MfS so ungemein belasten. Wer hat den für den Einsatz zuständigen Leitern und Kommandeuren Orientierungen und Weisungen gegeben, mit denen die Einsatzkräfte aufgeheizt wurden? Welche Ausbildung gab es für solche Einsätze? Wurden in der ganzen Welt vorhandene Erfahrungen berücksichtigt, wie bei solch hochemotionalisierten Veranstaltungen und Demonstrationen deeskaliert und die Einsatzkräfte, auch deren Emotionen, taktisch auf solche Möglichkeiten vorbereitet werden?

Markus Wolf über eine Reform des Ministeriums für Staatssicherheit

4

BStU
000442

7. Dasselbe gilt für ungerechtfertigte Privilegien.
Die Rolle des Ministers und des Ministeriums bei der Schaffung
der nicht vertretbaren Privilegien für die kleine Gruppe der
Führung wird unvermeidlich sichtbar werden. Wandlitz ist ein
Reizwort für die Bevölkerung, aber nur die Spitze des Eisberges.
Mit dem Wissen des PS, der VRD u.a. ist eine Übersicht zu schaffen
und der ZPKK zur Verfügung zu stellen.
Entsprechend ist innerhalb des Ministeriums zu verfahren.

8. Die Klärung und Bereinigung dieser nur beispielhaft aufgeführten
Fragen muß mit dem Blick nach vorn erfolgen.
Die Umstrukturierung des Organs darf nicht von den alten Strukturen
und Arbeitsorientierungen ausgehen, sondern von der klaren Neu-
definierung des Auftrages.
Mit der Definierung des Auftrages und den Hauptrichtungen der Arbeit
werden sich wesentliche Einschränkungen und Reduzierungen des
Apparates ergeben. Diese sind ohne Destabilisierung und unvertretbar
Härten nur längerfristig zu realisieren, müssen aber mit aller
Konsequenz angestrebt und radikal durchgesetzt werden. Große Wider-
stände sind zu erwarten.
Dazu ist ein Arbeitsstab freizustellen, der in enger Zusammenarbeit
mit den Diensteinheiten (in der Regel nicht mit den Leitern) kurz-,
mittel- und langfristige Lösungen vorzubereiten hat. Mögliche
Sofortmaßnahmen sind unverzüglich durchzuführen.
Übergangsregelungen für Mitarbeiter, die den Wunsch haben, auszu-
scheiden oder kurzfristig ausscheiden sollen, sind unter Heran-
ziehung aller Bestimmungen für bewaffnete Organe zu treffen.
Kurzfristig müssen der Öffentlichkeit entsprechende Absichtserklä-
rungen und wo möglich Zahlen mitgeteilt werden.
Wichtig ist die von einer solchen Konzeption ausgehende Freimachung
von Geländen, materieller Mittel etc. Komplizierte Fragen der
Sicherung der Infrastruktur sind zu klären.

Markus Wolf über eine Reform des Ministeriums für Staatssicherheit